



Kofi Annan,
Vorstandsvorsitzender der Kofi Annan Stiftung, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen

Globalisierung - Die Gelegenheit für Deutschland

Mai ***Keine Alleingänge mehr!***
09

Die Globalisierung bietet Deutschland die Chance, die internationalen Beziehungen auf der Grundlage eines regelgestützten und integrativen Systems aufzubauen. Hierzu sollte die deutsche Außenpolitik bestehende multilaterale Partnerschaften und Bündnisse stärken.

Aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs ist die Bundesrepublik zu einem der erfolgreichsten Staaten der Welt aufgestiegen. Dieser Erfolg verdankt sich in hohem Maß einer klugen, besonnenen und verantwortungsbewussten Außenpolitik, der uneingeschränkte Anerkennung gebührt. Ihre beeindruckendste Leistung war es, das Deutschlandbild in der Welt vollkommen umzuwandeln. Aus einem Land, das einst als Hauptbedrohung aller seiner Nachbarn galt, ist nun ein Stützpfiler des multilateralen, regelgestützten Staatensystems und ein mustergültiges Mitglied der Weltgemeinschaft geworden.

Trotz aller Widrigkeiten hat sich Deutschland mit allen seinen früheren Feinden und mit seinen Opfern ausgesöhnt. Es hat ein dichtes Netz zwei- und mehrseitiger Beziehungen geknüpft, die das Land im Herzen des internationalen Systems verankern. Deutschland war ein Motor der friedlichen europäischen Integration und hat sogar die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland bewerkstelligen können, ohne international Irritationen hervorzurufen.

Neben diesen politischen Leistungen hat sich Deutschland durch eine Kombination bestehend aus harter Arbeit einerseits und Investitionen und Reformen andererseits erfolgreich als wirtschaftliches Kraftzentrum bewiesen, während ein Großteil Europas immer noch mit den Folgen der schweren Rezession zu kämpfen hat.

Dass Deutschland von seinen ehemaligen Gegnern gedrängt wird, eine größere Rolle in der Weltpolitik zu übernehmen, muss als Bestätigung seiner beeindruckenden Wandlung betrachtet werden. Dies ist eine historische Chance für Deutschland, einen Beitrag zur Stärkung des internationalen regelbasierten Systems

zu leisten, das zur Entschärfung der Spannungen in einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt so dringend gebraucht wird. Doch seine Erfolge haben Deutschland auch in eine neue Lage katapultiert, die vielen seiner Bürger Unbehagen bereitet.

Die Kluft zwischen internationalen Erwartungen und deutscher Innenpolitik

Es besteht eine wachsende Kluft zwischen der Erwartung der Verbündeten und Partner Deutschlands, das Land möge eine größere Rolle in der Weltpolitik übernehmen, und den von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend befürworteten selbst auferlegten Beschränkungen seiner Außenpolitik.

Sowohl Europa als auch die Welt insgesamt erwarten von Deutschland, einen größeren Teil der Lasten der Führungsverantwortung, der kollektiven Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit zu übernehmen. In einer bahnbrechenden Rede brachte der polnische Außenminister Radosław Sikorski diese von vielen geteilte Meinung auf den Punkt, als er Deutschland als "unverzichtbare Nation" bezeichnete und sagte: "Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit". Vor dem Hintergrund der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen verdeutlichen die Bemerkungen des Außenministers, was Deutschland erreicht hat und wie groß die Erwartungen an das Land mittlerweile sind. Die deutschen Bürger scheinen allerdings zögerlich, diese Erwartungen auch erfüllen zu wollen.

Eine zweite Herausforderung besteht für die deutsche Außenpolitik darin, sicherzustellen, dass Deutschlands weltweiter Einfluss dem Maß seiner finanziellen und anderen Beiträge zu multilateralen Institutionen, insbesondere den Vereinten Nationen, entspricht. Wenn Deutschland auch kein ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat ist, sollte es doch das ganze Spektrum der ihm zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumente nutzen, um substantiellere Beiträge für Frieden und Sicherheit in der Welt zu leisten. Deutschland muss heute eine profiliertere Rolle in den internationalen Angelegenheiten übernehmen, wie Bundespräsident Gauck es auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz ja auch zum Ausdruck gebracht hat.

Ein drittes und aufs engste hiermit verbundenes Problem Deutschlands ist seine Abneigung dagegen, Macht auch auszuüben. Deutschlands Geschichte und öffentliche Meinung machen es höchst unwahrscheinlich, dass das Land einseitige militärische Maßnahmen ergreift, aber Deutschland könnte und sollte doch in der Lage sein, seine beträchtlichen militärischen und polizeilichen Fähigkeiten auf multilateraler Ebene einzusetzen – und es hat dies ja auch bereits getan, als es sich an Operationen in Kambodscha, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und auf dem Balkan beteiligte.

Und schließlich stellt sich der deutschen Außenpolitik, wenn auch in einem ganz anderen Bereich, das Problem der massiven Rückbesinnung auf den Energieträger

Kohle nach der Regierungsentscheidung zum radikalen und raschen Atomausstieg. Der Kohlendioxidausstoß stieg 2013 faktisch an, als die neuen Kohlekraftwerkskapazitäten die Wirkung der erneuerbaren Energien neutralisierten. Hierdurch ist Deutschlands Fähigkeit, seine und Europas anspruchsvollen CO₂-Reduktionsziele zu erreichen, in Frage gestellt. Es sieht allerdings so aus, als sei die Bereitschaft der deutschen Öffentlichkeit, einen Aufpreis zur Finanzierung der Energiewende zu zahlen, erschöpft.

Multilaterale Regelwerke stärken

Deutschlands grundsätzlicher außenpolitischer Ansatz, die internationale Ordnung durch multilaterale Rahmenwerke und Regeln zu stärken, ist nach wie vor stimmig. Deutschland und seine europäischen Partner müssen das internationale System weiter stärken, in dessen Rahmen sie und andere Staaten versuchen sollten, die sich im Zeitalter der Globalisierung abzeichnenden internationalen Spannungen zu entschärfen und die Chancen der Globalisierung zu nutzen.

In diesem Sinne muss Deutschland seine Bemühungen zur Demokratisierung und somit besseren Legitimierung des Sicherheitsrats fortsetzen. Selbst wenn eine erweiterte Mitgliedschaft des Sicherheitsrats kurzfristig nicht erreichbar erscheint, können seine Arbeitsmethoden im Sinne einer besseren Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht reformiert werden.

Deutschland könnte ferner dazu beitragen, dass internationale Friedenseinsätze auf der Grundlage ihrer Mandate mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden. Finanzmittel sind hierbei natürlich wesentlich, aber auch andere stets knappe Ressourcen wie Transportflugzeuge, Hubschrauber, Aufklärungsdrohnen, logistische Unterstützung und medizinische Einrichtungen könnten von Deutschland bereitgestellt werden.

Neben der konkreten Bereitstellung von mehr Truppen und Ressourcen an multilaterale Friedensmissionen muss Deutschland seine verdienstvollen Anstrengungen fortsetzen, die Afrikanische Union dabei zu unterstützen, eigene Kapazitäten zur Friedenserhaltung und -konsolidierung aufzubauen.

Deutschland sollte sich innerhalb der Völkergemeinschaft in führender Position für das Prinzip der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) stark machen. Zwar ist es seit der Libyen-Intervention etwas stiller darum geworden, aber das Konzept hat nichts von seiner Bedeutung verloren, wie uns die derzeitige Krise in der Zentralafrikanischen Republik schmerzlich vor Augen führt. Es gibt Verbrechen, die so schändlich sind, dass wir davor nicht die Augen verschließen dürfen.

Ein weiterer Schritt, der Deutschlands Engagement für die internationale Agenda verdeutlichen würde, wäre die Einhaltung des VN-Ziels, 0,7% seines Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Damit würde Deutschland zu einer sehr kleinen Gruppe mustergültiger Mitglieder der Weltgemeinschaft gehören und sich eine wesentliche Mitsprache bei der Ausarbeitung der

Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 sichern.

Deutschland könnte seine Entwicklungshilfe auch strategischer fokussieren, indem es sich auf die Finanzierung bestimmter prioritärer Bereiche konzentrierte, die seine historische Erfahrung widerspiegeln. So könnte es mit gutem Grund seine Erfahrungen im Wiederaufbau nach Konflikten und im Rahmen von Demokratisierungs-, Versöhnungs- und Wiedervereinigungsprozessen einbringen.

Zwar sind Konflikte in nicht unerheblichem Maße stets auch länderspezifisch, aber Konzeption und Praxis der deutschen Vergangenheitsbewältigung können anderen Staaten als durchaus nachahmenswertes Beispiel dienen, um das Risiko eines Rückfalls in die Gewalt zu verringern. Deutschland könnte noch mehr tun, um die aus seiner Geschichte gezogenen Lehren an Länder weiterzugeben, die sich im Übergang von autoritären Regimen zu pluralistischen Gesellschaften befinden.

Eine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel beibehalten

Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg verschafft ihm auch die nötige Autorität, um sich zu einem Zeitpunkt für ein offenes, regelgestütztes globales Handelssystem einzusetzen, zu dem viele Länder in Versuchung geraten, sich hinter nationale Grenzen zurückzuziehen, was die Vorteile der Globalisierung möglicherweise gefährden könnte.

Deutschland beweist, dass ein Land, das ein positives Wirtschaftsklima schafft, die Entwicklung seiner kleinen und mittleren Unternehmen begünstigt und sowohl technische und berufliche Ausbildung als auch die Spitzenforschung nicht vernachlässigt, im weltwirtschaftlichen Umfeld prosperieren und dabei doch ein stabiles soziales Sicherheitsnetz aufrecht erhalten kann.

Deutschland muss mit Blick auf die Klimakonferenz 2015 in Paris und darüber hinaus seine führende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel beibehalten. Das Land war Vorreiter bei den erneuerbaren Energien: Seinerzeit glaubte niemand, dass eine führende Wirtschaftsmacht wie Deutschland 25% seines Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bestreiten könnte. So konnte das Land im Hinblick auf die Verringerung seiner Kohlendioxid-Emissionen erhebliche Fortschritte machen.

Deutschland führt durch seine Vorbildrolle, aber seine kürzliche Rückbesinnung auf Kohle bedroht diesen eindrucksvollen Leumund. Es darf in seinen Anstrengungen in diesem Bereich nicht nachlassen, denn es gibt – wie uns der neueste Uno-Klimarat-Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) berichtet – kaum etwas, das für die Zukunft unseres Planeten von größerer Bedeutung ist. Erfolge bei der Verringerung der Abhängigkeit des Landes von fossilen Energieträgern würden vielen anderen Ländern zweifellos ein zukunftsweisendes Beispiel geben.

Mehr Verantwortung übernehmen!

Und schließlich wird Deutschland auch in Zukunft eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union spielen. Dieses beeindruckende Kollektivprojekt entfaltet weit über die Grenzen des "alten Kontinents" hinaus Breitenwirkung, denn es zeigt, dass Staaten Jahrhunderte des Krieges und der Entzweiung überwinden und eine friedliche Staatengemeinschaft mit starken Institutionen, demokratischen Werten und Rechtsstaatlichkeit schaffen können. Die EU ist anderen Teilen der Welt, darunter Afrika, Beispiel und Inspirationsquelle.

Deutschlands Zukunft ist untrennbar mit der seiner europäischen und internationalen Partner verschränkt. Anstelle von Alleingängen sollte die deutsche Außenpolitik bestehende multilaterale Partnerschaften und Bündnisse stärken.

Dies wird zwangsläufig nach sich ziehen, dass Deutschland einen größeren Teil der Führungsverantwortung, der kollektiven Sicherheit und der internationalen Hilfe, sei es im Rahmen der EU, der NATO oder der VN, zu schultern haben wird. Aber diese "Last" ist auch eine Chance, konstruktiven Einfluss in der Welt geltend zu machen.

Dies also ist Deutschlands historische Chance: Es kann dazu beitragen, das neue Zeitalter der Globalisierung auf der Grundlage eines regelgestützten und integrativen Systems internationaler Beziehungen, in dem große und kleine, schwache und starke Staaten gleichermaßen geachtet sind, zu prägen.